

AfD-Fraktion OPR  
Daniel Pommerenke – Markt 8 – 16831 Rheinsberg



**AfD-Fraktion Ostprignitz-Ruppin**

Landkreis Ostprignitz-Ruppin  
Büro des Landrates  
Virchowstraße 14-16  
16816 Neuruppin

Fraktionsgeschäftsstelle:  
AfD-Fraktion OPR  
Daniel Pommerenke  
Markt 8  
16831 Rheinsberg  
Tel.: 0160/6329931  
E-Mail:  
[daniel.pommerenke@gmx.de](mailto:daniel.pommerenke@gmx.de)

Sehr geehrte Kreistagsvorsitzende Nau,

hiermit beantrage ich sowie im Namen der AfD-Fraktion eine Sondersitzung des Kreistags nach § 34 Absatz 3 der Brandenburger Kommunalverfassung für den 19.09.2024.

Es werden folgende Tagesordnungspunkte sowohl jeweils für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung beantragt:

- Erklärung des Landrates zu den Klageprozessen gegen die Presse
- Erklärung des Landrates zu den entstandenen Verfahrenskosten gegen die Presse
- Einleitung einer Haftungsprüfung gegen den Landrat
- Erklärung des Landrates zu geplanten Flüchtlingsheimen im Landkreis OPR
- Anhörung des Bürgermeisters der Stadt Rheinsberg zu den öffentlichen Vorwürfen der Korruption
- bauliche Fertigstellung zum Flüchtlingsheim Flecken Zechlin
- Teilnahme des Landrats und der Vorsitzenden des Kreistages an einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Rheinsberg
- Löschwasserversorgung Flüchtlingsheim Flecken Zechlin
- Ausstehende Antworten des Landrates an Kreistagsabgeordnete
- Einladung des Landrates in ein Gebäude mit fehlerhafter Nutzungsänderung in Luhme
- Ankündigung des Landkreises OPR zur Schaffung von weiteren Flüchtlingsunterkünften im Landkreis

Begründung:

Aufgrund der Presseberichterstattung muss davon ausgegangen werden, dass die Geschäfte des Landrats Reinhardt mit seinen Geschäftspartnern weiter gehen. Beispielhaft wird auf folgende Presseartikel verwiesen: Berliner Zeitung vom 11.02.2024 mit dem Titel

„Millionengeschäfte mit Flüchtlingsheimen in Brandenburg: „Das reicht nach Korruption““ und Superillu vom 25.07.2024 mit dem Titel: „Alte Häuser, frische Goldgruben“. Aufgrund zahlreicher kleiner Anfragen unter anderen durch den Fraktionsvorsitzenden Dr. Berndt im Landtag muss festgestellt werden, dass die Landesregierung auf den Landkreis OPR verweist. Die notwendige Transparenz wird durch den Landrat Reinhardt nicht aufgebracht. Es entsteht der Eindruck, dass die Geschäfte bewusst verdunkelt werden sollen, indem keine Anfragen beantwortet werden oder eine Antwort über mehrere Monate hinausgezögert wird. Laut Auskunft der Landesregierung werden derzeit gegen vier Beschuldigte Ermittlungen wegen Bestechlichkeit und Bestechung geführt. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft sind davon zwei Mitarbeiter des Landkreises OPR. Auskünfte, ob diese Personen noch dort beschäftigt sind und welche Maßnahmen eingeleitet wurden, bleibt der Landrat schuldig. Mehrere Pressevertreter werden durch den Landrat Reinhardt auf Kosten des Landkreises OPR verklagt. Alle Verfahren wurden bisher vollständig verloren. Kritiker werden durch den Landrat Reinhardt beschuldigt, verunglimpft, angezeigt und verklagt. Es entsteht der Eindruck, dass sämtliche Kritiker mundtot gemacht werden sollen. Als Beispiel können die Verfahren gegen den Bürgermeister der Stadt Rheinsberg benannt werden. Auf Anfragen wird entweder gar nicht reagiert oder ausweichend geantwortet. Weiterhin wird vermieden, dass Antworten schriftlich erfolgen, um so im Nachgang den Wahrheitsgehalt nicht überprüfen zu können oder das ggf. die Aussagen abgestritten werden können. Das Flüchtlingsheim in Flecken Zechlin soll nach Auskunft des Landrates spätestens zum 30.11.2024 in Betrieb gehen. Es ist für jeden Laien erkennbar, dass dieser Termin aufgrund des Baufortschrittes nicht umsetzbar ist. Die AfD-Fraktion war vor Ort und hat sich sachkundig gemacht. Die Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Rheinsberg bestätigen uns in unserer Sichtweise. In der Presse wird durch den Landrat bekannt gegeben, dass ein neues Flüchtlingsheim im Landkreis OPR entstehen soll. Er möchte aber nach Aussage im Ruppiner Anzeiger nicht sagen, wo das Heim entsteht. Informationen an alle Mitglieder des Kreistags erfolgt ebenfalls nicht. Es stellt sich die Frage, ob der Kreistag den Landrat kontrolliert oder andersrum. Die AfD-Fraktion im Kreistag hat mit Schreiben vom 28.07.2024 den Landrat Reinhardt einen Fragenkatalog übersandt.

Rheinsberg, 3. September 2024

Herr Pommerenke, AfD Fraktionsvorsitzender

